



GROSS-BIEBERAU

21. Mai 2014 | Von ube |

Keine Chance für Windkraft in Bieberau

Parlament – Fast einstimmig bei Umweltthemen – Studie zum Energieverbrauch

Für das Landschaftsbild und gegen Windkraftnutzung haben sich die Groß-Bieberauer Stadtverordneten entschieden.

GROSS-BIEBERAU. Die Stadt war vom Regierungspräsidium Darmstadt zur Stellungnahme zu Vorranggebieten für die Windkraftnutzung aufgefordert worden. Um entscheiden zu können, hatte die Stadtverwaltung eine Untersuchung mit Stellungnahme bei „grynplan darmstadt“ in Auftrag gegeben.

Diplom-Ingenieur Bernd Hoffmann empfahl die Ablehnung der Vorrangflächen. Zum einen gebe die Stadt ihre Planungshoheit aus der Hand, wenn sie den Vorrangflächen zustimme. Komme ein Investor, könnte der eine Windkraftanlage in fast unbegrenzter Höhe bauen, ohne dass die Stadt darauf noch Einfluss habe. Zudem kollidiere der Standort mit der Trasse für die projektierte Umgehungsstraße. Nicht zuletzt störe ein Windrad das Landschaftsbild.

Nur ein Freier Wähler wirbt für die Windkraft

Bereits der Bauausschuss hatte sich in seiner letzten Sitzung für eine ablehnende Stellungnahme ausgesprochen. Uwe Hartmann von den Freien Wählern warb dennoch dafür, Windkraft nicht grundsätzlich auszuschließen. Bei dem großen Energiehunger in Deutschland müssten nach dem Auslaufen der Kernkraftwerke alternative Energiegewinnungsformen, auch wie Windkraft entstehen. „Irgendwo müssen die Dinger ja hin.“

Hartmann konnte sich mit seiner Meinung nicht durchsetzen, alle anderen Parlamentarier stimmten für eine ablehnende Stellungnahme zu Windkraftvorrangflächen. Bindend ist dieses Votum für das Regierungspräsidium allerdings nicht.

Einstimmig entschieden sich die Stadtverordneten hingegen für einen SPD-Antrag, der durch den Magistrat den Energieverbrauch der städtischen Gebäude untersuchen lassen will. Ekkehard Gaydoul von den Freien Wählern konnte sich diesem Vorschlag ebenfalls anschließen, betonte aber, dass Fragen zum städtischen Energieverbrauch von seiner Partei schon häufiger gekommen seien. „Wir hoffen, dass der SPD-Antrag offene Ohren finden wird.“

Zustimmung gab es auch zu einem FWG-Antrag, der eine Feinstaubmessung im Stadtgebiet fordert. Wobei Heike Keil (SPD) die Aussagekraft einer einmaligen Messung bezweifelte. Folglich schlug die SPD eine kontinuierliche Messung des Feinstaubes über ein halbes Jahr vor. Mit dieser Empfehlung wurde der Antrag zur weiteren Beratung einstimmig an den Umweltausschuss verwiesen.